ZKAKI / TB?

ULLRICH SIERAU Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin

					* Illminst	1000	TALL 2017	-	The second second				# T		 100	1	10.00	0.00	2	*	The state of the s			The second	0		The state of the state of	200	 200	The second	1000	4	2	2.04		William College	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	2	2000	TO DESIGN OF THE PARTY OF THE P	-	2	The same	-	Service Company	Cheed	2		1000		-	10
												-	7		1	7	1		Street, or other Designation of the last o			Management of the Parket				3				2				-	-)															
	0	4	1	0		r			2					33					>		•		6		0	44			6			6		· ·	•	5	•		e	3		9	e	,	0		9	e		e		

22.02.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 14.02.2013 hinsichtlich der Thematik

Keine Privatisierung der Wasserversorgung

folgende Resolution beschlossen:

- "1. Der Rat der Stadt Dortmund fordert die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, ihre Pläne die Wasserversorgung in den Mitgliedsländern durch die Hintertür einer "Richtlinie der Konzessionsvergabe" zu privatisieren, fallen zu lassen. Die Bewirtschaftung der Wasserresourcen ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
- 2. Der Rat der Stadt Dortmund stellt fest, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist. Es ist Aufgabe aller Ebenen von der Europäischen Union, über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den Städten und Gemeinden dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen universellen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben.
- 3. Der Rat der Stadt Dortmund bittet den Oberbürgermeister, sowie die EU-Abgeordneten aus der Region östliches Ruhrgebiet sich entsprechend dem Beschluss gegenüber der EU-Kommission einzusetzen."

Begründung

Es liegt ein Vorschlag der EU-Kommission für eine "Richtlinie der Konzessionsvergabe" vor, in der die Forderung nach einer Marktöffnung im Bereich der Wasserversorgung versteckt ist. Mit dieser Konzessionsrichtlinie würde die bisher vergaberechtsfreie Wasserversorgung einer Ausschreibungspflicht unterworfen und damit eine Privatisierung des wichtigsten Lebensmittels für die Menschen überhaupt erzwungen. Große Wasserkonzerne wie Veolia warten seit Jahren auf die Privatisierung.

In Portugal und Griechenland wird die Privatisierung schon jetzt vorangetrieben. Nach unserer Auffassung ist der Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser ein Menschenrecht, dass nicht der Profitmaximierung unterworfen werden darf.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn die hierin enthaltenen Aussagen bei den künftigen diesbezüglichen Beratungen Berücksichtigung finden würden.

Mit freundlichen Grüßen

Su cur Ullrich Sierau